

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name	Samtgemeinde Bersenbrück			
Straße	Lindenstraße 2			
PLZ, Ort	49593 Bersenbrück			
Telefon	+49 54 39 96 22 48	Fax	+49 54 39 96 22 43	
E-Mail	vergabe@bersenbrueck.de	Internet	http://www.bersenbrueck.de	

b) Vergabeverfahren [Freihändige Vergabe nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb nach VOB/A](#)Vergabenummer [06-00-2026](#)**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**

Zugelassene Abgabe der Teilnahmeanträge und Angebote

- ☒ elektronisch
- ☒ in Textform
 - ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel
 - ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel
- ☐ schriftlich

d) Art des Auftrags

- ☐ Ausführung von Bauleistungen
- ☒ Planung und Ausführung von Bauleistungen
- ☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung[Im alten Dorfe 4, 49593 Bersenbrück](#)**f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen**[Neubau einer Feuerwehrgerätewartzentrale](#)[Vergabe von Planungs- und Bauleistungen an einen Totalunternehmer](#)

Die Samtgemeinde Bersenbrück beabsichtigt den Neubau einer Feuerwehrgerätewartzentrale. Das Projekt soll nach Möglichkeit durch Fördermittel finanziell gefördert werden. Das Grundstück befindet sich im Alten Dorf 4, 49593 Bersenbrück und beschränkt sich auf den Grundstücksteil 11/7. Die Kalthalle auf Grundstücksteil 11/9 soll bestehen bleiben.

Der Gerätewart soll an dem Standort die Einsatzkleidung der Feuerwehren waschen, überprüfen und ebenfalls Ausrüstung und Kleidung der FW lagern. Auch sind kleinere Reparaturarbeiten anzudenken. An dem Standort soll neben einem Wechsellader samt Wechselbrücken auch ein GW-Logistik (Gerätewagen Logistik) und eine Kombi aus PKW mit Anhänger stationiert werden.

Der geplante Neubau soll aus einer gedämmten Fahrzeughalle mit 3 Stellplätzen der Stellplatzgröße 3 (aus der DIN 14092-01, Planungsgrundlagen Feuerwehrhaus) bestehen, eine spätere Stellplatzerweiterung ist mit zu berücksichtigen. Hinter den Stellplätzen soll Lagerfläche in Form von Hochregalen entstehen. Ein verschließbares Lager ist mit in den Gebäudekomplex zu integrieren. Die Fahrzeughalle soll für die Feuerwehren separat zugänglich sein.

Der an das Gebäude angrenzende Sozialbereich für den Feuerwehrgerätewart soll entsprechend eine dem Arbeitsablauf angepasste Strukturierung beinhalten. Dazu zählt ein Waschraum, ein Trocknungsraum, ein Prüfbereich und Lagerbereich für die Einsatzkleidung und Lager anderer Ausrüstungsgegenstände. Ebenfalls ist ein Büro mit Doppelarbeitsplatz, Teeküche und Besprechungsbereich, sowie Sanitärbereich mit Dusche einzuplanen. Eine direkte Zuwegung zur Fahrzeughalle ist vorzusehen und die Schwarz-Weiß Trennung zu beachten.

Der Energiestandard ist im Effizienzhausstandard EENW 55 zu planen und auszuführen.

Geplant ist die Vergabe als eine Gesamtlösungsvergabe an eine Auftragnehmerin, einen Auftragnehmer oder eine Bietergemeinschaft, welche im Rahmen eines Bauvertrages die Planungsleistungen und Ingenieursleistungen sowie alle Ausführungsleistungen und Bauzwischenfinanzierungsleistungen für das Bauvorhaben übernimmt.

Dabei wird es freigestellt, die Gesamtleistung eigenständig zu erbringen oder Teilleistungen oder aber auch die Gesamtleistung an Nachunternehmer zu vergeben. Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat das Gebäude und alle geforderten Nebenleistungen unter strengen funktionalen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sowie unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung in einer angemessenen gestalterischen und architektonischen Qualität schlüsselfertig zu erstellen, nebst aller dazu erforderlichen Planungsleistungen. In diesem Verständnis wird im Folgenden die Begrifflichkeit Totalunternehmer (TU) für die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer (AN) verwendet.

Entwurf, Bauweise und die Wahl der Konstruktions- und Bauelemente, ist bei Einhaltung der benannten Angebotsgrundlagen, der Baubeschreibungen sowie der benannten Qualitätsstandards freigestellt.

Der Angebotspreis ist ein Pauschal-Festpreis mit Bindefrist, bis zur Fertigstellung des Gebäudes und der funktionsfähigen Übergabe an den Auftraggeber (AG).

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage

Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)

- ☒ nein
- ☐ ja, Angebote sind möglich
- ☐ nur für ein Los
- ☐ für ein oder mehrere Lose
- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

i) Ausführungsfristen

- ☐ Beginn der Ausführung:
- ☐ Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
- ☐ weitere Fristen:

j) Nebenangebote

- ☐ zugelassen
- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- ☒ nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

- ☐ zugelassen
- ☒ nicht zugelassen

l) Bereitstellung der Teilnahme- und der Vergabeunterlagen

Teilnahme-/Vergabeunterlagen werden

- ☒ elektronisch zur Verfügung gestellt unter:
<https://www.subreport.de/E18695688>
- ☐ nicht elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie können angefordert werden bei:

- ☐ Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:
- ☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- ☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Teilnahmeantrag/Angebotsabgabe gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert
- ☐ teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:

☐ nicht nachgefordert

n) Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 19.02.2026 11:00

Adresse für elektronische Teilnahmeanträge/Angebote

<https://www.subreport.de/E18695688>

Anschrift für schriftliche Teilnahmeanträge/Angebote

Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe spätestens am

10.03.2026

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: Deutsch

r) Zuschlagskriterien

☐ siehe Vergabeunterlagen

☐ nachfolgende Zuschlagskriterien ggf. einschl. Gewichtung:

t) geforderte Sicherheiten

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften

s. Vergabeunterlagen

w) Beurteilung der Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Teilnahmeantrag das ausgefüllte Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Gelangt der Teilnahmeantrag in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der im Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich

s. Vergabeunterlagen

Bedingung an die Ausführung:

Mit dem Teilnahmeantrag ist die in der Anlage enthaltene Vereinbarung zur Einhaltung der tarifvertraglichen und öffentlich-rechtlichen Bestimmungen gemäß dem Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG) unterzeichnet abzugeben.

Nachweis über die persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers:

Mit dem Teilnahmeantrag sind die nachfolgenden Erklärungen abzugeben:

1.1 Angabe des Bewerbers (Einzelbewerbung) mit Namen, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse sowie Unternehmensangaben.

1.2 Im Falle der Bewerbung als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft, Angabe sämtlicher

Mitglieder der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft mit Namen, Anschrift, Ansprechpartner mit Telefon-/Faxnummer und E-Mail-Adresse sowie Unternehmensangaben.

1.3 Im Falle der Bewerbung als Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft ist mit dem Teilnahmeantrag eine von sämtlichen Mitgliedern unterzeichnete Bietergemeinschaftserklärung vorzulegen,

- a) in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,
- b) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und in der die*der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter*in bezeichnet ist,
- c) dass die*der bevollmächtigte Vertreter*in die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- d) dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

1.4 Im Falle der Einbindung von Nachunternehmern ist eine Erklärung zum vorgesehenen Nachunternehmereinsatz und zu Art und Umfang der Teilleistungen vorzulegen.

1.5 Im Falle einer Eignungsleihe ist eine Verpflichtungserklärung der Unternehmen, deren Kapazitäten für den Nachweis der Eignung in Anspruch genommen werden, vorzulegen, in der das Unternehmen erklärt, dem Bewerber im Auftragsfall die erforderlichen Mittel bzw. Leistungen zur Verfügung zu stellen.

1.6 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB.

1.7 Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB.

1.8 Erklärung über eine Selbstreinigung gemäß § 125 GWB.

1.9 Erklärung zu Russland-Sanktionen gemäß Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022.

1.10 Eigenerklärung zur Eignung – Formblatt 124

Nachweis über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Mit dem Teilnahmeantrag sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

2.1 Erklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder Abschluss einer entsprechenden Haftpflichtversicherung im Auftragsfall mit folgenden Haftungssummen:

- mindestens 1,5 Mio. € für Personenschäden
- mindestens 1,5 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden.

Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der o. g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Bei einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen.

Hinweis: Es sind formlose Eigenerklärungen ausreichend. In den beigefügten Vordrucken für den Teilnahmeantrag sind die entsprechenden Erklärungen enthalten. Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften sind die entsprechenden Erklärungen durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft beizubringen.

2.2 Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2022, 2023, 2024).

Hinweis: Es sind formlose Eigenerklärungen ausreichend. In den beigefügten Vordrucken für den Teilnahmeantrag sind die entsprechenden Erklärungen enthalten. Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist der Gesamtumsatz für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft einzeln und für die Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft insgesamt darzustellen.

Nachweis über die technische Leistungsfähigkeit:

Mit dem Teilnahmeantrag sind zur Prüfung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

3.1 Anzahl der in den letzten drei Geschäftsjahren (2022, 2023, 2024) jahresdurchschnittlich beschäftigten Personen, für den Baubereich gegliedert nach Lohngruppen.

Hinweis: Es sind formlose Eigenerklärungen ausreichend. Der Nachweis kann mit der vom Auftraggeber direkt abrufbaren Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) erfolgen. Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist die Personalübersicht für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft einzeln und für die Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft insgesamt darzustellen. Die Auftragserteilung kann von der Vorlage weiterer Nachweise abhängig gemacht werden.

3.2 Erfahrungsnachweis des Bewerbers (des/der Unternehmen/s) in Form der Benennung von Referenzprojekten innerhalb der letzten sieben Jahre (ab 01.01.2019), über die Erbringung der Planungsleistungen gemäß §§ 33 ff. HOAI (Objektplanung), welche in Hinblick auf die Anforderungen an das vorliegende Projekt vergleichbar sind.

Es sind mindestens drei vergleichbare Referenzprojekte zu benennen, um die Mindestanforderungen zu erfüllen. Es werden maximal drei Referenzprojekte bei der Auswahl der Bewerber berücksichtigt. Es werden die drei punktestärksten Referenzprojekte berücksichtigt.

Es werden nur Referenzprojekte als vergleichbar berücksichtigt, die folgende Anforderungen erfüllen:

- a) Es müssen mindestens die Leistungsphasen 2 – 5 durch den Bewerber erbracht worden sein.
- b) Das Referenzprojekt muss nach dem 01.01.2019 und spätestens vor dem Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags abgenommen und das Objekt vom Nutzer in Betrieb genommen sein.

3.3 Erfahrungsnachweis des Bewerbers (des/der Unternehmen/s) in Form der Benennung von Referenzprojekten innerhalb der letzten sieben Jahre (ab 01.01.2019), über die Erbringungen von Bauleistungen, welche in Hinblick auf die Anforderungen an das vorliegende Projekt vergleichbar sind.

Es sind mindestens drei vergleichbare Referenzprojekte zu benennen, um die Mindestanforderungen zu erfüllen. Es werden maximal drei Referenzprojekte bei der Auswahl der Bewerber berücksichtigt. Es werden die drei punktestärksten Referenzprojekte berücksichtigt.

Es werden nur Referenzprojekte als vergleichbar berücksichtigt, die folgende Anforderungen erfüllen:

- a) Erstellungsart: Schlüsselfertiger Hochbau als Generalunternehmer, Totalunternehmer oder Generalübernehmer.
- b) Das Referenzprojekt muss nach dem 01.01.2019 und spätestens vor dem Ablauf der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags abgenommen und das Objekt vom Nutzer in Betrieb genommen sein.

Im Rahmen der Benennung der vergleichbaren Referenzen sind folgende Angaben notwendig:

- Auftraggeber (Name, Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer, E-Mail-Adresse)
 - Art der Nutzung (Feuerwehrhaus oder Feuerwehrtechnische Zentrale, Rettungswache, Sonstige vergleichbare Nutzungseinheit)
- Angaben zum Umfang der beauftragten Leistungen
- Baukosten (brutto)
- Projektzeitraum (Baubeginn / Abnahme)

Sonstiger Nachweis:

- 1.11 Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer,
- 1.12 Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse,
- 1.13 Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen,
- 1.14 Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz,
- 1.15 Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen,
- 1.16 Unbedenklichkeitsbescheinigung Krankenkassen

Begrenzung der Zahl der einzuladenden Bewerber

☒ Mindestzahl

☐ Höchstzahl

Kriterien für die Begrenzung der Zahl der einzuladenden Bewerber:

Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, erfolgt in einem 4-stufigen Verfahren:

1. Zunächst wird geprüft, ob die Bewerbungen form- und fristgerecht eingereicht wurden.
2. Anschließend wird beurteilt, ob die Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Unterlagen grundsätzlich geeignet sind, die in Rede stehenden Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen, d. h. die geforderten Mindestanforderungen erfüllen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben aus den vorgelegten Referenzen sowie die Zufriedenheit der Auftraggeber durch eine telefonische Abfrage zu überprüfen. Bei falschen Angaben sowie bei negativen Auskünften über die Referenz, wird die Referenz von der Wertung ausgeschlossen. Auch die Benennung von Ansprechpartnern, die keine Auskünfte

erteilen können, kann zum Ausschluss der Referenz aus der Wertung führen.

3. Sollten mehr als drei geeignete Bewerber einen Teilnahmeantrag fristgemäß und vollständig einreichen und die Mindestanforderungen erfüllen, behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den Bewerberkreis zu beschränken. In diesem Fall wird anhand der zur Prüfung der Eignung des Bewerbers vorgelegten Erklärung/Unterlagen der als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern beurteilt, welche Bewerber besonders geeignet erscheinen und daher im weiteren Verfahren beteiligt werden sollen. Die Vorgehensweise bei der Bewertung kann der beigefügten Bewertungsmatrix (Anlage 11) entnommen werden. In Hinblick auf die Bewertung der technischen bzw. beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers (Unternehmen) sind maßgeblich die vorgelegten Referenzen. Im Rahmen der Bewertung der Eignung werden die drei Referenzen mit der höchsten Punktzahl berücksichtigt.

4. Sollten mehrere Bewerber die gleiche Punktzahl erhalten, behält sich der Auftraggeber vor, die abschließende Auswahl und Reduzierung des Bewerberkreises durch Losverfahren herbeizuführen.

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Kommunalaufsicht des Landkreises Osnabrück

Am Schölerberg 1

D-49082 Osnabrück

Tel.: +49 541/501-0